

Schlagwort «Fortschritt»



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Die Zeit schreitet unaufhaltsam voran. Die Welt verändert sich ständig. Generationen von Menschen folgen aufeinander, Völker und Kulturen entstehen und vergehen, und selbst Meere und Gebirge haben zwar über Jahrtausende Bestand, sind aber trotzdem vergänglich. Auch politische Systeme sind nicht für die Ewigkeit gemacht. **Krampfhaft Versuche, sie beispielsweise mit nicht revidierbaren Verfassungsnormen für alle Zukunft zu konservieren, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.** Wenn eine andere Zeit gekommen ist, werden sie ebenso fallen wie das Reich der Pharaonen oder die mittelalterliche Feudalordnung gefallen sind. Einen Stillstand wird es niemals geben! **Ob die Veränderungen aber immer auch als «Fortschritt» gelten dürfen, welcher Begriff landläufig mit**

einer positiven Wertung verbunden wird, lässt sich füglich bezweifeln. In diesem Fall wären ja sogar die Tyrannei des römischen Kaisers Nero oder die schrecklichen Diktaturen des 20. Jahrhunderts Fortschritte gewesen, was eine offensichtliche Perversion dieses Begriffs wäre. Von solchen Verirrungen abgesehen sind Neuerun-

gen an sich etwas Normales, mit dem wir Menschen uns im Allgemeinen auch relativ leicht zu rechtfinden.

Hauptsächlicher Treiber der Veränderung unserer Lebensverhältnisse ist die technologische Entwicklung.

Diese hat sich, nachdem der Mensch Jahrtausende brauchte, bis nur einmal die Dampfmaschine erfunden und die Elektrizität nutzbar gemacht war, in den letzten Jahren enorm beschleunigt. Wir alle profitieren beispielsweise sehr von der modernen Medizin. **Die glänzende Medaille des technischen Fortschritts hat aber leider auch eine Kehrseite.** Dazu gehört neben dem Missbrauch vieler Erfindungen für mörderische Zwecke vor allem die immer deutlicher zutage tretende Tatsache, dass der Mensch mit dem

viel zu hohen Tempo der Entwicklung

heillos überfordert ist. Noch vor 50 Jahren hielten sich die Neuerungen, mit denen ein Einzelner im Laufe seines Lebens konfrontiert wurde, meistens in einem verkraftbaren Rahmen. Man erlernte als junger Mensch einen Beruf und übte diesen dann, oft sogar an derselben Stelle, bis zum Eintritt in den Ruhestand aus. **Man wuchs an einem Ort auf, bezog nach dem Erwachsenwerden in dessen Nähe eine eigene Wohnung und blieb dann für den Rest des Lebens dort. Das vertraute Stadt- oder Dorfbild veränderte sich während eines Menschenlebens nur wenig.** Heutzutage verschwinden nicht nur Berufe, sondern nicht selten ganze Branchen.

Es wird von uns allen erwartet, dass wir «mobil» sind, das heisst den rasch wechselnden Bedürfnissen der «Wirtschaft» gehorchend einmal dahin und einmal dorthin ziehen.



Sogenannter Fortschritt und Wachstum ist unter anderem an der chronisch steigenden Mobilität zu erkennen. Dadurch verschwinden etwa wertvolles Kulturland oder natürliche Naherholungsgebiete. Zudem verschlechtern die Abgasemissionen die Luftqualität.

Es gibt viel zu tun ...

... aber damit wir es auch anpacken können, braucht es in der heutigen Zeit viel Geld. Ohne Ihre Unterstützung sind wir nicht in der Lage, unseren politischen Einsatz für die Heimat fortzusetzen. Wir bitten Sie deshalb höflich, zur Adventszeit auch an die Schweizer Demokraten zu denken und uns einen finanziellen Zustupf, gross oder klein, zukommen zu lassen. Und vergessen Sie bitte nicht, Ihr Abonnement wieder einzulösen. Wir liefern Ihnen dafür Informationen und Ideen, die anderswo unterdrückt werden. Des Weiteren möchten wir es nicht unterlassen, Ihnen noch nachträglich für Ihre Stimme bei den vergangenen Nationalratswahlen zu danken. Ihre wertvolle Mithilfe ist unser Auftrag und unsere Pflicht!

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Adrian Pulver, Zentralsekretär

Auch wer bleiben darf, wo er daheim ist, fühlt sich wegen der Geschwindigkeit der baulichen Veränderungen an diesem Ort schon bald nicht mehr richtig zu Hause. Dass damit viele Menschen regelrecht enturzelt werden, interessiert kaum noch jemanden, die «Liberalen» sowieso nicht, aber auch nicht jene, die vorgeben, «Sozialisten» zu sein. Gerade

radikale «Linke» nennen sich gerne «fortschrittlich»

oder «progressiv», was auf Lateinisch dasselbe bedeutet. Nicht selten fallen sogar ihre Kritiker darauf herein und nennen sie so. Mit der Verwendung des Begriffs

«Fortschritt» in diesem Sinne wird den Bürger/-innen nicht bloss vorgegaukelt, dass einzig die Politik der «Progressiven» ihnen ein besseres Leben bringen könne.

Es wird als selbstverständlich unterstellt, dass die politische und gesellschaftliche Entwicklung zwangsläufig in die Richtung der als «fortschrittlich» bezeichneten Ideen gehen wird.

Jede andere Entwicklung ist nach dieser Logik ein «Rückschritt» und damit zumindest unerwünscht, wenn nicht gar mit allen

Fortsetzung Seite 2

POSTCODE

AZB 3001 Bern

**Am 9. Februar 2020 – Nein zur Ausweitung der Rassismus-Strafnorm!
Meinungsfreiheit erhalten, Demokratie sichern!**

Schlagwort «Fortschritt»

Fortsetzung von Seite 1

Mitteln zu unterdrücken. So will man uns den ganzen

feministischen und Gender-Unsinn

als «Fortschritt» verkaufen, obwohl diese Ideologie im Widerspruch zu den unabänderlichen Regeln der Biologie steht: Es gibt nur zwei Geschlechter, und jeder Mensch gehört entsprechend dem von ihm geerbten Chromosomensatz dem einen oder anderen davon an.

Natürlich haben Frauen und Männer dieselben Rechte. Doch sie haben von der Natur her unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen und sind deshalb auch nicht «gleich», sondern wohl-tuend verschieden.

Zwei Geschlechter braucht es, um mittels heterosexueller Betätigung die Arterhaltung zu sichern – anders geht es nicht. **Andere Formen der sexuellen Aktivität sind nichts Verwerfliches, entsprechen aber**

nicht dem natürlichen «Sinn der Sache». Demzufolge ist es verkehrt, ein solches Verhalten zur «gleichberechtigten Lebensform» zu erklären. Kinder sind noch nicht fähig, selbständig zu leben. Dazu müssen sie viel lernen, was notwendigerweise mit Anstrengung verbunden ist. Es ist kein «Fortschritt», wenn man sie davon zu dispensieren versucht. Auch

müssen Kinder erzogen werden.

Im Grunde ist dies nichts anderes als eine «Dressur», welche dazu dient, dass der junge Mensch lernt, sich in die Gesellschaft einzufügen, der er angehört. Dies setzt aber voraus, dass Kinder ihren Eltern gehorchen und, wenn sie das nicht tun, vielleicht einmal einen Klaps auf den Hintern bekommen. Erst wenn der junge Mensch erwachsen geworden ist, hat er auch die Fähigkeit, verantwortungsbewusst mitzuentcheiden. **Diese simplen, unabänderlichen Tatsachen in Frage zu stellen, ist kein Fortschritt, sondern hat zur Folge, dass sich junge Menschen im-**

mer öfter in Richtung Asozialität entwickeln.

Das ganze Geschwätz von «Mitbestimmungsrechten» von Kindern dient nur dazu, dass Erwachsene die Kinder für ihre Zwecke instrumentalisieren können.

Oder glaubt irgendjemand im Ernst, Kinder kämen von sich aus auf die Idee, Transparente mit politischen Forderungen zu malen und damit demonstrieren zu gehen?

Auch von «rechts» wird kräftig manipuliert!

So will man uns weismachen, die Globalisierung der Wirtschaft und die «Digitalisierung» seien sozusagen Naturereignisse, so unvermeidlich wie ein Gewitter oder Sandsturm und «Fortschritte», deren soziale «Kollateralschäden» man einfach hinnehmen müsse. Dabei handelt es sich um das Resultat politischer Entscheidungen. **Diese können wir auch anders**

treffen, indem wir beispielsweise vermehrt regional wirtschaften, ausländische Einmischung konsequent zurückweisen und Computer aller Art bewusst nur einsetzen, wo sie gesamthaft betrachtet wirklich Vorteile bringen. Nur so lässt sich vermeiden, dass die intellektuell weniger leistungsfähige Hälfte der Bevölkerung langzeitarbeitslos wird. Gescheiter machen kann man sie ja leider nicht.

Nicht alles, was «fortschreitet», ist gut. Wir freuen uns ja auch nicht, wenn wir an Krebs erkranken, obwohl dessen «Fortschritte» enorm sind, bis zum tödlichen Ende.

Treten wir also in die 20er-Jahre mit dem Bewusstsein ein, dass das Bewahren beziehungsweise Wiederherstellen von Bewährtem oftmals eine bessere Zukunft bringt als der blinde Glaube an den angeblichen Fortschritt.

Frohe Festtage wünscht allen

Christoph Spiess

Letzte Chance für Schrumpfeuropa!

Das steht wieder einmal im Propagandablatt Tages-Anzeiger und strotzt nur so von Angstmacherei mit routinierter Propagandaschmiere. Da wollen wir, das heisst Avenir Suisse, Economiesuisse, und wie die Wirtschaftsverbände alle heissen beziehungsweise ihre Söldner und vermeintlichen Profiteure, gut vertreten auch in Bundesrat und Parlament, beim finalen Grounding unbedingt dabei sein, solidarisch mitschrumpfen gewissermassen – und – vor allem dafür grosszügig bezahlen, direkt und indirekt (indirekt = Steuern, und ein Teufelskreis von Teuerungen). **Der Brüssel-Propagandist des Tages-Anzeigers, Stephan Israel, versucht mit widersprüchlicher Hypnose das einmal mehr offenbar störrische Volk von Rest-Eidgenossen zum freiwilligen (es droht die Abstimmung über das Rahmenabkommen!) Souveränitätssuizid zu animieren.**

Weniger Souveränität widerspricht UNO-Charta

Er schreibt, man könne der Nachfolgerin des abtretenden EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker nur viel Erfolg wünschen, denn dies wäre auch gut für die Schweiz, die stabile Wohlstandsin-sel (!) mitten in diesem «friedlichen» Staatenbund. Denn Europa

stehe vor unruhigen Zeiten. Da ist einerseits der schleichende Bedeutungsverlust und andererseits das zunehmend feindliche Umfeld.

Ich zitiere weiter: «Das Pendel schlägt zurück in einer Zeit, in der Europa als «Soft Power» ein guter Hegemon sein könnte.»

Welche Völker möchten nach all den diplomatisch gesagt unfriedlichen, zurückliegenden Europa-Zeiten wieder unter eine zentrale Hegemonial-Macht?

Unter Aufgabe aller demokratischen Emanzipationsmöglichkeiten und Abwertung der nationalen Souveränitäten und unter Missachtung der UNO-Charta, in welcher unter anderem steht: Freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Massnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen; **Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.**

Mehr EU um jeden Preis

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und nicht Rahmenabkommen und andere Unterwerfungsverträge zwischen Grossreichsführerschaft und durch Erpressung und Nötigung eingeschüchterten nationalen Regierungen! Im Bericht steht noch weiter: Anfang des letzten Jahrhunderts stellten die Europäer noch 20% der Weltbevölkerung. Ende dieses Jahrhunderts werden es noch 4% sein.

Das Problem der Bevölkerungsexplosion in Afrika kann aber doch nicht mit einem europäischen Wettbewerbsbeitrag für ein ebenso gefährliches Bevölkerungswachstum im bereits überfüllten Europa gelöst werden!

Und da wird noch weiter erzählt von den Despoten in Moskau, Ankara oder Peking und – seit dem Einzug von Präsident Donald Trump ins Weisse Haus also auch von den USA, die das alternde Europa bedrängten. Die Antwort könne nur heissen «mehr Europa»! Und – der Brexit schrecke ab! **Die Frage ist nur, wen schreckt der Brexit: Die Spekulanten der Europäischen Zentral-**



(Noch) mehr Machtgebaren – die Zukunft der EU (Bild: Hauptsitz der Europäischen Kommission in Brüssel!)

bank und Verschuldungsvirtuosen?

Die Schweiz wird einmal mehr von der Propaganda als Trittbrettfahrer beschimpft, und es sei schwieriger geworden, für das Land mitten in Europa seinen Platz zu behaupten.

Das habe ich auch schon als wirtschaftliche Zauberei wahrgenommen; dass es einem Trittbrettfahrer auf einem Zug besser geht als den Passagieren in den Wagons!

Totalitäres Gebaren

Ich kann hier nicht die ganze Angstmacherei und die populistischen Rechtfertigungsversuche für eine Souveränitätserosion bezie-

hungsweise ein Grounding der Selbstbestimmung des Schweizer Volkes auf das zunehmend schwächelnde EU-Niveau analysieren. Aber man muss sich doch fragen; was sind die Gründe für die politischen Tendenzen, die «stabile Wohlstandsinsel» und direkte Demokratie als Völkerrecht Schweiz dem neuen grossen Reich EU einzuverleiben? **Es gibt zwei Möglichkeiten: grenzenlose ideologische Verbohrtheit, wonach das internationalsozialistische Seelenheil nur in der Ausradierung der natürlichen Nationen und Völkeridentitäten besteht, als blosse gigantische Dummheit – oder andererseits als feindselige, vorsätzliche Absicht.** Der Bundesrat sollte endlich, es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt

mit der neuen Kommissionspräsidentin, klarmachen, dass Drohungen und Erpressungen (Kohäsionsmilliarden, souveränitätsfeindliche Rechtsübernahmen usw.) wie wir sie von Mafiagesellschaften kennen, in den europäischen Beziehungen keinen Platz mehr haben dürfen.

Dazu zitiere ich noch den EU-Botschafter in Bern, Michael Matthiessen aus Dänemark, der gesagt haben soll; er warne die Schweiz, beim Rahmenabkommen nicht zu zögern, sonst: «Wenn ihr nicht an den Tisch sitzt, kommt ihr auf die Speisekarte!» Und das ist der Ton des «friedlichen Staatenbundes»! Vielleicht ist dem Dänen Matthiessen nicht mehr bewusst, dass Dä-

nemark vor ziemlich genau 80 Jahren selbst auf der «Speisekarte» des Dritten Reiches stand, weil sie keine Armee hatten, um sich dagegen zu wehren.

Mehr Respekt einfordern

Alle diese strotzenden Respektlosigkeiten und Dummheiten sollten Ursula von der Leyen deutlich vorgehalten werden. **Man sollte von ihr beziehungsweise der neuen EU-Kommission die absolute Respektierung der Souveränität aller Nationen verlangen!** Und Fairness und Anstand in den Beziehungen mit entsprechenden bilateralen Verträgen, wie wir es mit anderen Ländern und vor der ständig mächtiger werdenden EU-Zentrale

gewohnt sind. Unser Bundesrat ist zu schwach, um diese Klarstellung zu bewerkstelligen. **Rein kommunikativ wäre es entweder Bundesrätin Karin Keller-Sutter oder Bundesrat Alain Berset zuzutrauen. Aber beide sind wohl bindungsmässig handicapiert.**

Solange keine positive Souveränitätsenergie vom Parlament kommt, bleibt der Bundesrat unfähig, die Verfassung zu erklären und zu verteidigen. Und die Anpasserpropaganda kann sich weiter einer respektlosen, antischweizerischen Selbstsicherheit erfreuen!

Alexander Steinacher, Thalwil

Was bringt uns das neue Parlament?

Landauf, landab wird viel über die «grüne Welle» und einen damit verbundenen «Linksrutsch» unter der Bundeskuppel geredet und geschrieben. Tatsächlich übersteigen die Gewinne der Grünen die von den Sozialdemokraten eingefahrenen Sitzverluste bei Weitem. Die Linke ist damit sowohl im Nationalrat (69 von 200 Sitzen) als auch im Ständerat (14 von 46 Mitgliedern) so stark vertreten wie noch nie zuvor. Gleichzeitig haben die Rechtsparteien SVP und FDP vor allem im Nationalrat, wo sie bisher eine knappe Mehrheit von 101 Sitzen hielten, massiv an Stärke eingebüsst. Doch wie steht es um die

Wählerschaft) im internationalen Vergleich sehr radikale Positionen ein. **Sie werden deshalb häufig so überrissene Forderungen stellen, dass sie keine Chancen haben, dafür eine Mehrheit zu finden.** Dies dürfte sogar in Umweltfragen so sein, obwohl hier im Nationalrat häufig noch die 16 Grünliberalen dazu stossen werden.

Ohne Unterstützung einer deutlichen Mehrheit der CVP/EVP/BDP-Fraktion beziehungsweise in der Sozialpolitik, wo die GLP stark nach rechts neigt, bringt die Linke aber auch im neuen Parlament nichts durch.

Nicht besser dürfte es der rechten Ratsseite ergehen, die schon bisher trotz ihrer knappen Mehrheit in der grossen Parlamentskammer glücklos agierte. Neu sind SVP und FDP vielleicht noch mit Unterstützung der Grünliberalen in der Lage, finanzpolitisch auf die Bremse zu treten. Mehr als Neuerungen verhindern können aber auch sie ohne

die sogenannte «Mittefraktion»

nicht. Jene präsentiert sich genauso orientierungslos wie bisher. 38 von 44 Fraktionsmitgliedern gehören der CVP an, die sich schon lange – und wohl auch in Zukunft – auf dem absteigenden Ast bewegt, weil der Katholizismus als politische Kraft am Wegsterben ist. Da versucht man es dann mit Orange statt Schwarz und kupfert

in den Agglomerationen gerne «gesellschaftsliberale» Ideen von links ab.

Dies bringt indessen keine neuen Wähler, sondern hat nur dazu geführt, dass die eher konservativ denkende Bevölkerung in traditionell ländlich-katholischen Regionen massenhaft zur SVP übergelaufen ist.

Damit dies nicht so weitergeht, muss die CVP auf diese Wählerschicht Rücksicht nehmen. **Sie wird deshalb auch in Zukunft nur fallweise mit der Linken stimmen, im Übrigen aber eine gemässigt bürgerliche Linie fahren.** Was die

Bewahrung der Unabhängigkeit unseres Landes

und in diesem Zusammenhang vor allem den Umgang mit der EU angeht, ist von der neu gewählten Bundesversammlung zwar wenig Gutes zu erhoffen. Vor allem die Abwahl mehrerer Gewerkschafter könnte dazu beitragen, dass die Linke in der Frage des EU-Unterwerfungsvertrags noch schneller umkippt als dies bei der früheren Zusammensetzung des Parlaments zu erwarten war.

Es war aber schon bisher so, dass nur etwa 25 bis 30% der Parlamentarier wirklich voll für den Fortbestand der eigenständigen und souveränen Schweiz einstanden.

Dass ihr Anteil nun noch etwas geringer geworden ist, ist kein schwerer Schaden. **Die einzige Kraft, welche die Unterwerfung unter Brüssel abwenden kann, war schon immer und bleibt auch inskünftig das Stimmvolk.** Ähnlich verhält es sich schliesslich bei Fragen der

Ausländer- und Asylpolitik

Hier konnte man sich schon bisher nicht einmal auf die SVP wirklich verlassen. Das ist mit den jüngsten Wahlen natürlich nicht besser geworden.

Tendenziell dürfte sogar innerhalb der SVP-Fraktion das Gewicht derjenigen, für die der Schutz der einheimischen Kultur und Identität wichtiger ist als noch mehr Wachstum und Profit, weiter abgenommen haben.

Ausserhalb dieser Fraktion ist ohnehin kaum jemand gewillt, der Dauereinwanderung endlich ein Ende zu setzen. Auch hier bleiben also Volksabstimmungen die einzige Hoffnung auf Besserung. **Gesamthaft betrachtet ist festzustellen, dass trotz der beträchtlichen Sitzverschiebungen bei den diesjährigen Wahlen die Politik, die im Bundeshaus gemacht wird, wohl weiterhin ungefähr dieselbe bleiben wird wie bisher.**

Vercingetorix



Mit der neuen Sitzverteilung im National- und Ständerat wird sich die Politik kaum ändern.

**Altersarmut bekämpfen –
Ja zu Überbrückungsleistungen für ältere ausgesteuerte Arbeitslose!**

Referendum gegen Jagdgesetz zustande gekommen

Sämtliche Tier- und Umweltverbände lehnten das neu beschlossene Jagdgesetz von Bundesrat und Parlament als missraten ab und sammelten Unterschriften. Beteiligt waren Pro Natura, WWF, Birdlife, Gruppe Wolf Schweiz, ZooSchweiz und der Schweizer Tierschutz. **Vom 8. Oktober an wurden mehr als 70'000 Unterschriften gesammelt, statt der benötigten 50'000!** Nun werden die Unterschriften am 9. Januar 2020 bei der Bundeskanzlei eingereicht, obwohl die Sammelfrist erst am 16. Januar abgelaufen wäre. **Dies zeigt, dass die Bevölkerung der Schweiz über dieses neue, verschärfte Gesetz empört ist und es heftig ablehnt. Jetzt darf das Volk im Laufe des neuen Jahres demokratisch darüber entscheiden!**

Das neue Jagdgesetz

Hauptsächlich der Schutz der Wölfe und Steinböcke sollte mit dem revidierten Jagdgesetz gelockert werden. Geschützte Tiere sollten auf Vorrat dezimiert werden können. Im Mittelpunkt steht aber grundsätzlich der Wolf.

Die Regulierung des Wolfbestandes ist das wichtigste Anliegen dieser Revision. Neu müsste der Bund den Abschüssen nicht mehr zustimmen, die Kantone dürften alleine darüber entscheiden.

Sämtliche Regulierungen wären erlaubt, ohne dass eine bestimmte geschützte Tierart Schäden angerichtet hätte, rein vorsorglich. Keine vorgängigen Massnahmen müssten getroffen werden, wie Herdenschutz, Hütehunde, Elektro-Zäune usw., bevor ein Abschuss erlaubt wird, wie das im noch heute gültigen Jagdgesetz gefordert wird. **So dürften sogar in den Jagdschutzgebieten (Wildtierschutzgebieten) gezielt geschützte Tiere abgeschossen werden.**

Besonders Wölfe, auch Welpen, die nur wenige Monate alt sind, sollten nicht verschont und auf Vorrat geschossen werden dürfen.

Wolfsschutz hat Priorität

Es gibt in der Schweiz 8 Wolfsrudel, die meisten der 83 Wölfe leben im Kanton Graubünden und



Mit dem neuen Jagdgesetz würde der Wolf wieder aussterben.

im Wallis. Nur die Hälfte der Jungwölfe überlebt das erste Lebensjahr. In der Schweiz hätte es theoretisch Platz für rund 300 Wölfe, verteilt auf 50 bis 60 Rudel. Hier gibt es viele Wildtiere als Nahrung und genügend Lebensraum für sie. Noch immer müssen jedes Jahr Sonderjagden für Rothirsche angeordnet werden, weil diese sich zu schnell vermehren. Leider fehlt vielen Menschen die Akzeptanz für Wölfe, da der Wolf noch immer gemäss den Grimm-Märchen zur Bestie abgestempelt wird. **Obwohl seit der Rückkehr der Wölfe noch nie ein Wolf einen Menschen angegriffen oder verletzt hat. Sie meiden die Menschen grundsätzlich. Im 16. Jahrhundert gab es überall in der Schweiz Wölfe, doch im 17. Jahrhundert verschwanden sie aus dem Mittelland, da es zu wenig Beutetiere gab, weil die Wälder abgeholzt waren.**

Mitte des 19. Jahrhunderts waren Steinbock, Hirsch und Rehe beinahe ausgerottet. Als sich die Wölfe stattdessen an den Haustieren vergriffen, sorgten hohe Abschussprämien dafür, dass sie auch in den Berggebieten ausstarben.

In der Alpenkonvention wurde festgehalten, dass es im ganzen Alpenraum minimal 125 Rudel mit 1'000 Wölfen bräuchte, um die Arterhaltung zu garantieren.

Generell weniger Wildtierschutz

Gemäss einer Umfrage lehnt eine Mehrheit von 72% der Schweizer

Bürger präventive Abschüsse ab, nur 4% befürworten sie. **Wolfsabschüsse ohne vorgängigen Herdenschutz lehnen 79% der Befragten ab, während 20% dafür sind.** Die Kompetenzverschiebung vom Bund an die Kantone wird von 46% abgelehnt. Die Jagd auf seltene Arten wie Feldhase und Birkhuhn bejahten nur 5% der Teilnehmer.

Auch die Luchse müssen um ihr Leben fürchten, obwohl sie nur selten Nutztiere reissen und sehr scheu sind. Der Bestand wird gegenwärtig auf 220 erwachsene Tiere geschätzt.

Bisher konnten Luchse nur unter strengen Bedingungen abgeschossen werden. Neu könnte der Bundesrat den Luchs per Verordnung wie den Wolf behandeln, das heisst, es läge in der Kompetenz der Kantone, sie zu dezimieren, ohne Mitbestimmung von Volk und Parlament. Dasselbe gilt für Biber, Fischotter, Bär und weitere Tiere, welche die Jäger gerne erlegen würden.

Das neue Jagdgesetz schwächt den Schutz aller wildlebenden Tierarten, statt ihn zu stärken. Dies ist ein Rückschritt ins 18. Jahrhundert, als Wildtiere noch in Nützlinge und Schädlinge eingeteilt und dementsprechend bejagt und oft ausgerottet wurden.

Zusätzlich schafft das Parlament das Verbandsbeschwerderecht ab, obwohl dieses erst vor einigen Jah-

ren mit 60% Ja-Stimmen vom Volk gutgeheissen wurde. **Der Bundesrat kann also jederzeit weitere geschützte Tierarten auf die Abschussliste setzen, für die keine Schonfristen mehr gelten und zwar ohne jegliches Mitspracherecht von Volk und Parlament!** Zur Diskussion stehen Luchs, Biber, Höckerschwan, Graugans, Graureiher, Gänsesäger, Mittelmeermöwe, Saatkrähe und Kormoran.

Das heutige Jagdgesetz

Das heute geltende Jagdgesetz enthält Kompromisse mit pragmatischen Lösungen und kann nach der Ablehnung des missratenen neuen Jagdgesetzes gezielt angepasst werden. Gemäss der Motion Engler sollte das jetzige Jagdgesetz rasch revidiert werden und zu guten Lösungen führen.

Die unbestritten nötigen Verbesserungen bei den Wildtierkorridoren könnten auch in die Revision aufgenommen werden. Bei dieser Gelegenheit sollten endlich der Feldhase, das Birkhuhn, das Schneehuhn und die Waldschnepfe besser geschützt werden. Deren Bestände schrumpfen stetig.

Unsere Wildtiere verlieren immer mehr Lebensraum durch intensive Nutzung, Pestizide und Klimawandel. Bereits stehen ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten der Schweiz auf der Roten Liste. **Heute ist ein besserer Schutz der ganzen Artenvielfalt ein wichtiges, äusserst dringendes Anliegen. Auch der Wolf und der Luchs, die schon vor uns Menschen unsere Heimat besiedelten, haben ein Recht auf Schutz!** Es ist zu hoffen, dass bei der Abstimmung im nächsten Jahr die Mehrheit des Stimmvolkes das neue, missratene Jagdgesetz ablehnt, damit das alte revidiert und angepasst werden kann!

Margrit Neukomm,
Zentralvizepäsidentin, Bern

Georg-Büchner-Preis für Lukas Bärfuss

Politische Äusserungen von Politiker/innen werden regelmässig von politischen Gegner/innen korrigiert oder relativiert. Politische Meinungen von Kulturgrössen wie jene von Lukas Bärfuss hingegen scheinen erhaben über dem gesamten Meinungsspektrum zu schweben und unangreifbar zu sein; dabei zielen sie direkt auf unser Bauchgefühl. Das ist das Ungeeignetste für politische Entschiede.

Das Schüren von Emotionen, falschen Bildern, undifferenzierten Darstellungen von politischen Konflikten und das einseitige Partei ergreifen tragen leider nichts dazu bei, politische Probleme zu lösen.

Dazu braucht es Nüchternheit, sachliches Abwägen der Positionen und eine unaufgeregte Diskussion. Alles langweiliges Zeug, also nichts für Kulturschaffende. Selbstverständlich dürfen die Kulturschaffenden eine eigene politische Meinung haben. **Das Problem ist, dass ihnen in den Medien eine riesige Plattform geboten wird. Darauf können sie sich ungestraft über Fakten hinwegsetzen und mit Vereinfachungen den denkfaulen Stimmbürger/innen das Studieren der Wahl- und Abstimmungsvorlagen ersparen.**

Alex Schneider, Küttigen



Der Schriftsteller Lukas Bärfuss erhält mit seinen politischen Äusserungen regelmässige Medienpräsenz.

Brexit: Wie würden die anderen EU-Länder abstimmen?

Boris Johnson (Konservative) verfügt über 364 von 650 Sitzen und hat damit die absolute Mehrheit. Sein Gegner Jeremy Corbyn (Labour) kommt lediglich auf deren 203. Bei der Wahl ging es hauptsächlich um den Brexit, welchen Johnson im Gegensatz zu seinem Kontrahenten befürwortet.

Interessant wäre aber das Wahlergebnis, wenn das europäische Stimmvolk über den Austritt aus der EU abstimmen dürfte.

Das wird allerdings nie der Fall sein, denn die EU fürchtet zu Recht Volksabstimmungen, welche ihre Existenz infrage stellen. Auch ist anzunehmen, dass die EU den Briten beim Brexit möglichst viele Steine in den Weg legen wird. **Dies sollte als Warnung vor eventuellen Sanktionen gegen übrige austrittswillige EU-Länder gelten.**

Otto Weiersmüller, Uetikon



Der UNO-Migrationspakt würde zu einer unkontrollierten Massenmigration führen.

Schwerpunkte für das Jahr 2020: Bundesrat hält an UNO-Migrationspakt fest

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen empört und zugleich wenig erstaunt zur Kenntnis, dass der Bundesrat am UNO-Migrationspakt festhalten will. In den festgelegten politischen Zielsetzungen für das kommende Jahr wird auf diese Absicht deutlich hingewiesen. Dabei ist etwa die Rede von der Reduktion der illegalen Migration, der Stärkung des

Schutzes in den Herkunftsregionen oder der zielführenden Umsetzung der Rückkehr. Diese Argumentation klingt durchaus überzeugend und müsste dem Pakt sogar eine asylpolitische Priorität verleihen. **Die Kehrseite der Medaille sieht jedoch vollkommen anders aus und unterstreicht die gefährliche Tragweite dieses Papiers.**

Im Allgemeinen würde die Wirtschaftsmigration mit der Flucht, welche aufgrund der individuellen Verfolgung an Leib und Leben entsteht, gleichgestellt. Dies widerspricht dem Ziel eines geregelten menschlichen sowie umsetzbaren Asylwesens.

Eine Unterzeichnung des UNO-Migrationspakts führt unmittelbar zum Verlust der Unabhängigkeit sowie der Meinungs- und Pressefreiheit. Deshalb werden die SD diesen totalitären Pakt mit allen Mitteln bekämpfen.

Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern

**Endlich steht das Parlament zumindest vorderhand auf die Bremse!
Keine weitere Kohäsionsmilliarde für die EU-Oststaaten!**

Akte Mobbing

Im vergangenen Juni wurde eine sehr heftige «Rundschau»-Sendung im Schweizer Fernsehen ausgestrahlt. Das emotionalste Thema kam gleich zu Beginn, nämlich ein Mobbing-Fall, der schwere Folgen mit sich zog. Doch was ist Mobbing eigentlich? **Mobbing ist ein soziologischer Begriff, der vom englischen Verb to mob (belästigen, anpöbeln) stammt.** Wer mobbt, der führt seinem auserwählten Opfer seelische Gewalt zu.

Ein Mobber muss grundsätzlich bei sich etwas kompensieren und will von den eigenen Schwächen ablenken; um dies zu tun, sucht er in einer bestimmten Gruppe eine Person, die seiner Meinung nach das leichteste Opfer ist (beispielsweise schüchterne, sensible Menschen).

Nehmen wir als Schauplatz eine Schule: Der Täter versucht nach dem Auswahlverfahren sein Opfer innerhalb der Klasse zu isolieren. Das Hauptziel ist aber die eigene Schulklasse. Um die Isolierung erfolgreich durchzuführen, möchte der Täter weitere Leute auf seine Seite ziehen und/oder andere Personen unter Druck setzen. Diese müssen dann mitmachen, wogegen ihnen sonst dasselbe Schicksal wie dem Opfer droht. **Diese Masche ist besonders schlimm, zumal dem Opfer suggeriert wird, dass sich alle gegen ihn verschworen haben, obwohl diese Mitläufer eigentlich dagegen wären, jedoch zwangsweise mitmachen.**

Die konkreten Taten, die ausgeführt werden, sind seelisches Schikanieren, Quälen und Verletzen. Manchmal wird auch physische Gewalt eingesetzt, aber der Kern besteht in der sozialen Isolierung.

Diese Ungerechtigkeiten schaden dem Opfer ebenfalls in gesundheitlicher Hinsicht (beispielsweise schlaflose Nächte, Depressionen, das Herz schlägt schneller usw.). Dank den asozialen Medien ist nun eine neue Komponente dazugekommen: Das sogenannte Cyber-Mobbing. **Man mobbt im Internet weiter, indem das Opfer in einer nicht ganz so tollen Situation gefilmt und dies auf die entsprechenden Plattformen gestellt und dadurch veröffentlicht wird.** Nicht nur mit Videos, sondern auch mit Bildern und Kommentaren kann diese Masche ausgeführt werden.

Der Fall Céline

Nun kommen wir zum Fall der «Rundschau»: Das junge Mädchen Céline wurde gemobbt. Die Täterin hatte zudem noch einen Jungen als Komplizen. Dieser spielte Céline offenbar vor, in sie verliebt zu sein. Sie hatte jedoch tatsächlich Gefühle für ihn und sendete ihm ein anzügliches Foto von ihr. **Der Junge leitete es der Mobberin weiter. Diese wiederum veröffentlichte das Foto im Internet. Eine solche öffentliche Demütigung ertrug Céline offenbar nicht; daraufhin nahm sie sich das Leben.** Ihre Eltern kamen im Beitrag ebenfalls zu Wort und fordern nun von der Politik die Schaffung eines neuen Artikels im Strafgesetzbuch mit dem Namen «Cyber-Mobbing». Doch leider blieben die Politiker tatenlos. Keiner meldete sich in der Presse zu Wort.

Die Täterin wie auch ihr Komplize wurden zwar verurteilt; jedoch ist sie wieder auf freiem Fuss und mobbt weiter.

Doch es kommt noch schlimmer: **Sie wertet den Tod von Céline als ihren Sieg; sie verhöhnt und verspottet Céline und greift nun ihre ehemaligen Freundinnen an.** Die Polizei und die Justiz tun nichts gegen diesen Missstand.

Handlungsbedarf im Strafrecht

Der Mobbing-Fall von Céline zeigt deutlich den Täterschutz in der Schweiz. Auch punkto Strafmass ist die Schweiz äusserst schwach; unser Nachbarland Deutschland verfügt in nahezu allen Punkten über ein restriktiveres Strafrecht. **Wir sollten meiner Meinung nach unsere Gesetze mit deutschem Recht ersetzen.** Bezüglich Mobbing würde ich persönlich auch weitergehen: **Es braucht dringend einen Mobbing-Artikel im Strafrecht, der alle Taten zusammenfasst.**

Da diese Taten mit Körperverletzung gleichgesetzt werden können, sollte für Jugendliche zwingend ein Arrest vorgesehen sein, der mindestens einen Monat dauert; im Wiederholungsfall wäre eine Jugendstrafe von 1 bis 10 Jahren auszusprechen, das heisst im Klartext: Jugendgefängnis.

Des Weiteren benötigt es genauso einen weiteren Artikel mit dem Na-



Das Thema Mobbing wird von der Politik vollkommen ignoriert.

men «Mobbing mit Todesfolge». Wenn das Opfer sich umbringt, könnte man auch von passivem Mord sprechen. In diesem Fall müsste die Strafe deutlich höher sein. Es sollte zwingend eine lebenslange Freiheitsstrafe ausgesprochen werden (sowohl für Jugendliche, Erwachsene oder Ersttäter). Man könnte somit bei guter Führung frühestens nach 15 Jahren aus dem Gefängnis entlassen werden.

Wem dies zu hart erscheint, möchte ich folgende Aussage entgegen: Es wurde ein Menschenleben ausgelöscht und seelische Verletzungen sind mindestens so schlimm wie physische Schmerzen.

Auswirkungen werden ignoriert

Am Ende des «Rundschau»-Beitrags wurden die Eltern am Grab ihrer Tochter gezeigt. Das war die einprägsamste Szene überhaupt; man will sich gar nicht vorstellen, selbst einmal vor einem Grab stehen zu müssen und unter der Erde liegt das eigene Kind.

Spätestens mit dieser Szene zeigt sich die weitreichende Ungerechtigkeit des Mobblings und die daraus resultierenden Folgen, die verheerend sind.

Es gibt nichts Unerträglicheres als solche Ungerechtigkeiten und eine politische Einsicht sehe ich zurzeit nicht; die «Law and Order»-Thematik wird in der Schweiz ohnehin kaum angegangen. Dieser Fall zerriss wohl den meisten «Rundschau»-Zuschauern das Herz, doch es wird weiter gemobbt und diejenigen, die etwas dagegen unternehmen könnten, hören nichts, denken nichts, sehen nichts, sagen nichts und tun nichts und solchen Taugenichtsen müssen die Eltern der verstorbenen

Céline als Steuerzahler weiterhin den staatlich gesicherten Lohn bezahlen. Professoren und Juristen nennen dies übrigens Rechtsstaat, was unerhört zynisch ist.

Mobbing erkennen und reagieren

Falls jemand Kinder hat und merkt, dass ein Mobbing-Fall vorliegt, dann sollte er sich mit dem Klassenlehrer in Verbindung setzen und die Sache besprechen. Sollte sich die Situation nicht verbessern, wäre es wohl das Beste, in eine andere Gemeinde zu ziehen oder das Kind in eine andere Schule zu schicken, denn das Umfeld ist in den jeweiligen Klassen unterschiedlich.

Nicht jede Klasse hat solche Asoziale, aber am wichtigsten ist es wirklich, die Situation im Auge zu behalten und dem Kind den bestmöglichen Schutz zu geben.

Es gibt niemals eine Garantie für vollumfängliches Wohlbefinden. **Dennoch sollte man auch das Thema Suizid ansprechen und das Kind diesbezüglich sensibilisieren. Welches Kind will schon seine Eltern vor dem eigenen Grab sehen und dann auch noch die Gewissheit haben, dass sich die Täterschaft über den Tod freut?** Dies war Céline offenbar leider nicht bewusst, jedoch sind solche Situationen äusserst schwierig, aber so etwas offensiv anzugehen, könnte hilfreich sein. Den Eltern von Céline wünsche ich natürlich alles Gute und ich hoffe, dass sie sich keine allzu grossen Vorwürfe machen. Und wie gesagt, diese Geschichte tut einem nur eines, nämlich das Herz in seiner ganzen Form zerreißen.

Jungaktivist* der SD Kanton Bern

*Name der Redaktion bekannt



Important et Urgent

Dans un communiqué du 4 décembre 2019, le Conseil fédéral a présenté ses objectifs pour 2020. Jusque-là, rien que de très habituel. Seulement voilà, il faut faire attention aux détails. Puisque ce bref communiqué comporte un lien, qui doit être activé pour aboutir à un second communiqué. Ce texte est autrement plus étoffé, car d'une longueur de quatre pages en interligne serré. Comme égaré au bas de la page 3 se trouve le passage suivant:

«Migration. En 2020, le Conseil fédéral soumettra au Parlement le message concernant l'arrêté fédéral simple sur le Pacte de l'ONU sur les migrations. Il y exposera que ce pacte est conforme aux intérêts de la Suisse dans le domaine de la migration, étant donné qu'elle est tributaire de la coopération internationale, par ex. en matière de réduction de l'immigration illégale, de renforcement de la protection dans les régions de

provenance ou de mise en œuvre efficace des retours.»

Nous y voilà. Le sujet sort des oubliettes dans lesquelles il avait été relégué depuis des mois! Quelques lignes au détour d'un texte de portée générale y auront suffi. **Puisque le Conseil fédéral n'a même pas jugé utile de faire paraître un communiqué portant spécifiquement sur ce sujet pourtant essentiel. Les partis gouvernementaux ont tout fait pour éviter que la question soit débattue durant la campagne des élections nationales.** Le Conseil fédéral a même attendu les derniers seconds tours des élections au Conseil des Etats pour faire connaître ses intentions! Au moment où nous écrivons ces lignes, AUCUN journaliste romand n'a révélé l'information!

C'est grâce à nous, Démocrates Suisses, que notre peuple est informé des projets du Conseil fédéral! Car il s'agit ni

plus ni moins que d'accepter le principe du caractère légitime des migrations, proclamé par le Pacte!

Il y a un risque majeur d'un nouvel affaiblissement de la protection à la frontière!

Notre parti revendique le mérite d'avoir décelé cette information! Auparavant, à la fin de l'année 2018 déjà, les Démocrates Suisses (DS) avaient révélé le pot aux roses dans un article signé de notre vice-présidente, Margrit Neukomm; par la suite, nous avons fait paraître un texte en français à ce sujet dans les deux premiers numéros de notre journal parus cette année (½ et ¾ – 2019).

Votre serviteur ajoute qu'un appel téléphonique qu'il avait passé à l'administration fédérale l'hiver dernier pour s'enquérir des intentions du Conseil fédé-

ral quant au Pacte de l'ONU sur les migrations est resté sans suite à ce jour, après plusieurs mois et malgré les assurances reçues.

Ce qui montre bien la discrétion qui prévaut au sein du Conseil fédéral à ce sujet. Comptez sur nous pour ne pas passer le sujet sous silence! **Il en va du reste de même du nouveau «milliard» de cohésion en faveur de l'UE (1,3 milliard réparti sur dix ans), dépense dont le principe a été accepté en vote final par le Conseil national le lundi 2 décembre dernier! Comptez sur nous également pour lutter contre cette capitulation!**

*Pierre-Maurice Vernay,
secrétaire des DS Vaud,
Le Bouveret*

Revoici le «milliard de cohésion»!

Décidément, on en a jamais fini! Le lundi 2 décembre 2019, les Chambres fédérales ont accepté un nouveau «milliard de cohésion» en faveur de l'UE (sur une durée de dix ans). **Cet arrêté n'est hélas pas sujet au référendum.** Un premier milliard de francs avait été accordé à l'UE après avoir été accepté en votation populaire le 26 novembre 2006. **L'économie s'était engagée de tout son poids dans cette campagne, pour aboutir à une bien petite victoire¹⁾.**

A l'époque, personne n'avait indiqué que ce «milliard de cohésion» n'était que le premier, donc qu'il y en aurait d'autres.

Il aurait pourtant été si simple de faire figurer sur notre engagement la mention «pour solde de tout compte», courante en matière commerciale. Ou, mieux encore, de refuser de payer. Car, après ce premier milliard, l'UE en a voulu d'avantage. Plus encore même qu'en 2006. Puisque, cette fois, la somme atteint 1302 millions de francs, à nouveau sur dix ans²⁾.

Si le but du Conseil fédéral était d'amadouer l'UE dans la perspective de futures négociations, c'est un échec.

Car l'UE considère que c'est le prix à payer par la Suisse pour avoir accès au marché européen. **Pourtant les Accords bilatéraux ne prévoient pas une telle contribution.**

En effet, le libre-échange repose, en théorie, sur le principe que le commerce bénéficie au vendeur comme à l'acheteur, le contrat étant l'expression de la volonté commune des parties.

En d'autres termes, si un client européen achète un bien (ou acquiert un service) suisse, c'est qu'il en profite, tout comme le vendeur (ou le prestataire) suisse en tire avantage de son côté. Tant il est vrai que l'affaire n'est conclue que si les deux partenaires y ont intérêt. Cela va de soi.

Que faut-il en déduire? Qu'en bonne théorie libérale, l'UE tire profit des exportations suisses du seul fait de l'existence du com-

merce international sur la base de l'ouverture des frontières. Les droits et les obligations réciproques de la Suisse, d'une part, et de l'UE et de ses Etats membres, d'autre part, sont régis par les Accords bilatéraux. Rien de plus, rien de moins. **Il en va de la sécurité du droit.**

Puisque, entre Etats comme entre particuliers, ce n'est pas le rapport de force qui doit prévaloir, mais le droit, qui, seul, protège les plus faibles, comme cela doit être le cas entre nations civilisées.

DS Vaud

(Deuxième partie figure dans le prochain numéro.)

¹⁾ La loi fédérale du 24 mars 2006 sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est avait, initialement, une durée de validité limitée à dix ans, qui a toutefois été prolongée jusqu'au 31 décembre 2024. La loi a été acceptée par 1'158'494 OUI (53,42%) contre 1'010'190 NON (46,58%). Notre parti

avait participé au référendum. Nos arguments résumés figurent dans le livret de la votation du 26 novembre 2006. Il vaut la peine de conserver les livrets des votations, en particulier lorsqu'il s'agit d'un sujet relevant de l'emprise étrangère. Cela permet de vérifier si les arguments des uns ou des autres se sont révélés corrects après quelques années.

²⁾ Voir le Message du Conseil fédéral du 28 septembre 2018 «relatif à une deuxième contribution de la Suisse en faveur de certains Etats membres de l'UE visant à réduire les disparités économiques et sociales dans l'UE élargie et à soutenir des mesures dans le domaine de la migration» (Feuille fédérale 2018, pages 6669 à 6731). Ce message mentionne une «deuxième» et non une seconde contribution; on peut donc partir du principe qu'il y en aura une troisième. Le montant de 1,302 milliard doit être versé par tranches jusqu'en 2029 en tout cas. Il inclut des coûts administratifs pour 65,1 millions de francs, dont «quelque 61,3 millions seront imputables aux charges de personnel en Suisse et dans les représentations à l'étranger, y compris le personnel local»; du personnel supplémentaire devra être engagé (Message, page 6705). Tant il est vrai qu'il est coûteux de dépenser de l'argent.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden

Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil

Margrit Neukomm, Bern



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- ___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Abstimmungsparole zum Urnengang vom 9. Februar 2020

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parole für die eidgenössischen Abstimmungen vom 9. Februar 2020 beschlossen:

Nein zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung):

Bisher wurden lediglich die Diskriminierung und der Aufruf zu Hass aufgrund der Rasse, Ethnie oder Religion strafrechtlich verfolgt. Mit dieser Gesetzesänderung will man jedoch die Rassismus-Strafnorm auf die sexuelle Orientierung ausweiten, was einer vollumfänglichen Zweckentfremdung gleichkommt. **Ethnische und religiöse Zugehörigkeit lassen sich bekanntlich in keinsten Weise mit Homosexualität vergleichen.** Sicherlich ist in einer modernen Gesellschaft der Diskriminierungsschutz gegenüber Schwulen und Lesben selbstverständlich wie auch notwendig.

Bei der Rassismus-Strafnorm muss man aber allgemein von einer Fehlkonstruktion sprechen. Wird jemand beispielsweise mittels Kraftausdrücken persönlich angegriffen, so liegt eine Ehrverletzung vor. Diese wiegt nicht schwerer, wenn sich die Beleidigung auf die Ethnie oder die sexuelle Orientierung bezieht.

Dennoch entsteht durch das Antirassismugesetz eine strafrechtliche Verfolgung «von Amtes wegen» (Offizialdelikt). **Daher handelt es sich bei dieser Strafnorm um «Gesinnungsrecht».** Tatsächlich können die zuständigen Behörden politische Aussagen genauso als diskriminierend einstufen. Die ursprüngliche Umsetzung des Antirassismugesetzes hatte ebenfalls die Schaffung der sogenannten Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) zur Folge. **In deren Zeitschrift werden Parteien wie die Schweizer Demokraten (SD) sowie auch herkömmliche Bürger**

regelmässig des Rassismus bezichtigt.

Der «neutrale» Staat betreibt also mit Steuergeldern Politik. Für die SD hat in diesem Fall die Demokratie ausgedient, zumal die Rassismus-Strafnorm die freie Meinungsäusserung verunmöglicht.

Letztlich können sich sowohl Menschen mit Migrationshintergrund als auch Homosexuelle im Rahmen der anderen bestehenden Gesetze erfolgreich zur Wehr setzen. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

*Herbstversammlung
der SD Schweiz*



Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch
Sie können sich aber auch an folgende Person wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch